

Parteien zur Solarenergie



Auf Einladung der PHOTON-Redaktion trafen sich Bundestagsabgeordnete der Regierungsparteien und der Opposition, um über die Förderung der Photovoltaik zu diskutieren. Von der CDU nahm Herr Kurt-Dieter Grill teil, stellvertretender Vorsitzender der Unterarbeitsgruppe Energie, für die SPD sprach Dr. Hermann Scheer, gleichzeitig Präsident der Sonnenenergievereinigung Eurosolar. Bündnis 90/die Grünen wurden vertreten durch Frau Michaela Hustedt. Von der FDP war Herr Walter Hirche eingeladen, der sich jedoch kurzfristig entschuldigen ließ. Die Standpunkte der FDP sind in der Übersicht (S. 20) berücksichtigt.

PHOTON: Auch für die Photovoltaik scheint die Erfahrung zuzutreffen: Europa finanziert die Forschung, die USA bringen das Produkt zur Fertigungsreife und Japan verdient an der Massenproduktion. Die Schere zwischen Produktion und Nachfrage klappt bei der Photovoltaik in Deutschland weit auseinander. Deshalb frage ich Sie, wie sehen bei Ihrer Partei die Vorstellungen zur Förderung der Solarenergie aus?

Grill: Ich habe heute Nacht gerade mein Aktionsprogramm für erneuerbare Energien fertiggestellt. Dabei spielt die Photovoltaik auch eine Rolle und ich denke, daß in den nächsten vier bis fünf Wochen eine Entscheidung innerhalb der CDU gefällt wird. Das Konzept wurde vor allem

mit der Deutschen Physikalischen Gesellschaft erarbeitet.

PHOTON: Können Sie die Eckpunkte dieses Aktionsprogramms kurz umreißen?

Grill: Nein, das werde ich jetzt nicht tun, da ich heute morgen das Papier erst Herrn Schäuble übermittelt habe und man sollte auf die Einhaltung bestimmter Vorgehensweisen achten, wenn man Erfolg haben will. Ich werde es am 14. Mai im Energieausschuß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vorstellen.

PHOTON: Stimmt das neue Aktionsprogramm mit dem 15-Punkte-Programm überein, das Sie geschrieben haben?

Grill: Das sollte ja eigentlich noch gar nicht an die Öffentlichkeit. Aber Sie haben recht, das ist die Weiterentwicklung. Es hat allerdings durch die Arbeit der Deutschen Physikalischen Gesellschaft noch eine entscheidende Wende erfahren.

PHOTON: Frau Hustedt, wie stellen sich die Grünen die Förderung der Photovoltaik vor?

Hustedt: Erstens: Wir haben bereits zu Anfang der Legislaturperiode einen Vorschlag für ein Stromeinspeisungsgesetz eingebracht, in dem die kostendeckende Vergütung der Photovoltaik enthalten ist. Wir halten die kostendeckende Vergütung für

den besten und vor allem unbürokratischsten Weg. Zweitens ist es wichtig, bei der Überarbeitung der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Vorrangregelung für erneuerbare Energien sicherzustellen. Drittens fordern wir eine ökologische Steuerreform, damit die Preise für fossile Energieträger endlich die ökologische Wahrheit sagen. Photovoltaik und andere regenerative Energien würden damit auch wirtschaftlicher werden.

PHOTON: Und die SPD?

Scheer: Also, ich muß ja immer zwei Antworten geben...

Hustedt: So ist das mit der SPD...

Scheer: Nein, es ist folgendes: Ich muß immer unterscheiden, was ich für richtig halte und was auch Eurosolar entsprechend vertritt, und was für die SPD im Moment gegenwärtiger Diskussionstand ist. Von den ökologischen Auswirkungen her könnte man argumentieren, daß es egal ist, welches Land mit dem Einstieg in die Massenproduktion beginnt...

Hustedt: Das ist nicht egal - für die Arbeitsplätze ist das nicht egal.

Scheer: Ja, natürlich: Für uns als Industrieland ist es nicht gleichgültig, und es besteht die große Gefahr, daß wir im Laufe der nächsten zwei Jahre in diesem Sektor

abgehängt werden. Es gibt riesige Chancen, jetzt im Bereich der Siliziumproduktion oder Solarzellenherstellung aktiv zu werden - und nicht nur Chancen, sondern auch Notwendigkeiten. Denn Japan, auch wenn das die VDEW lange bestritten hat und viele es nicht wahrnehmen wollen, ist dabei, mit seinem 70.000-Dächer-Programm den Markt zu erobern. Im Vergleich zum Vorjahr hat Japan seine Solarzellenproduktion versechsfacht. In Europa dagegen gibt es eine steigende Nachfrage und keine Produktion.

PHOTON: Und wie sieht jetzt der Lösungsansatz der SPD aus?

Scheer: Wir haben ein 100.000-Dächer-Programm als Gesetzes-Entwurf eingebracht, genannt »Gesetz zur industriellen Solarzellenförderung« und ich bin immer noch dafür, daß alles versucht wird, dieses Gesetz in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Und weil es hier auch ein parteiübergreifendes Interesse geben müßte.

PHOTON: Kann sich die CDU mit einer parteiübergreifenden 100.000-Dächer-Initiative anfreunden?

Grill: Ich möchte zunächst einmal, nachdem was Herr Scheer gesagt hat, dar-



»Die Förderung der erneuerbaren Energien sollte über eine Stiftung angepackt werden, weil diese Zugriffen des politischen Alltags nicht so stark ausgesetzt ist und damit Erwartungen bei den Marktbeteiligten stabilisieren hilft.«

Kurt-Dieter Grill
CDU

auf hinweisen, daß es erstens bereits einen strukturellen Wandel in der Energieversorgung gegeben hat. Der Wechsel von der Kernenergieförderung hin zu den erneuerbaren Energien ist schon sehr evident. Ob er ausreichend ist, ist eine zweite Frage, aber er ist evident. Zweitens: Realität ist, daß bei der Deutschen Ausgleichsbank ein 50.000-Dächer-Programm läuft. Und ich habe aufgrund dessen, was ich für notwendig halte, dieses Aktions-Programm entwickelt.

Scheer: Das 50.000-Dächer-Programm wird aus Kostengründen hauptsächlich für Solarthermie abgerufen und gibt keine Zuschüsse, sondern zinsgünstige Kredite.

Hustedt: Ich würde zuerst ganz gerne noch einmal zu Herrn Scheers Aussagen Stellung nehmen. Die Massenproduktion mit Hilfe von Förderprogrammen durchzusetzen, halte ich in der Zeit leerer Haushaltskassen für sehr unrealistisch. Wenn es durchsetzbar wäre, würden wir sofort mitmachen, aber es muß an allen Ecken und Enden gespart werden. Das zweite ist die Diskussion über die Quotenmodelle, bis zu welchem Zeitpunkt welcher Anteil an erneuerbaren Energiequellen erreicht werden soll. Das Modell der Deutschen Physikalischen Gesellschaft...

Grill: Einspruch, Euer Ehren... es handelt sich bei meinem Vorschlag nicht mehr um ein Quotenmodell. Wir haben uns im letzten Sommer mit dem ganzen Solarforschungsverbund in Deutschland zusammengesetzt. Es gibt zwei Bemerkungen aus diesem Gespräch, die man festhalten muß. Erstens: Es gibt eigentlich keine Kritik am Volumen der Forschungsförderung im Solarbereich. Das ist schon mal interessant. Und das zweite ist, die Solarforscher, die

Bündnis 90/ Die Grünen

Motivation: Klimaschutz, Arbeitsplätze schaffen, Ressourcenschonung.

Mittel: kostendeckende Vergütung.

Finanzbedarf: bezogen auf externe Gelder praktisch vernachlässigbar, da das Programm über Strompreiserhöhung finanziert wird.

Finanzquelle: Strompreiserhöhung von 1 %.

Stand: ausgearbeitete Gesetzesinitiative.

Unterstützung: durch die gesamte Bundestagsfraktion.

CDU

Motivation: Aufnahmefähigkeit der Umwelt für die Rückstände der Energieumwandlung begrenzt, Ziele von Rio einhalten, Märkte im In- und Ausland erschließen.

Mittel: vom Staat unabhängige Stiftung, die Fördergelder vergeben soll, Wettbewerb der Nachfrage um die Zuschüsse soll zu Kostenminimierung führen.

Finanzbedarf: 1 bis 1,5 Milliarden DM.

Finanzquelle: Staatshaushalt.

Stand: Diskussionsphase innerhalb der Partei, Details werden noch ausgearbeitet.

Unterstützung: bisher vor allem durch Kurt-Dieter Grill.

FDP

Motivation: Ressourcenschonung, Umwelt- und Klimaschutz

Mittel: rechtliche Risiken des Stromeinspeisegesetzes reduzieren, indem die Kritik der Stromversorger berücksichtigt wird.

Finanzbedarf: keiner.

Finanzquelle: keine.

Stand: entfällt.

Unterstützung: Dr. Heinrich L. Kolb, Paul K. Friedhoff u.a..

SPD

Motivation: Arbeitsplätze schaffen, Anschluß an technische Entwicklung halten, Markt nicht den USA und Japan überlassen, Klimagefahr abwenden

Mittel: 100.000-Dächer-Programm, Investitionszuschuß-Programm vergleichbar dem 1.000-Dächer-Programm des Forschungsministeriums, allerdings mit wesentlich vereinfachtem Antragsverfahren.

Finanzbedarf: 1 Milliarde.

Finanzquelle: Rückstellungen der Stromkonzerne.

Stand: Gesetzesentwurf, der demnächst im Wirtschaftsausschuß beraten wird.

Unterstützung: vor allem Hermann Scheer, Mehrheit der Bundestagsfraktion.

ganz wesentlich auch zu dieser Frage der Entwicklung in der DPG beigetragen haben, haben gesagt, wir müssen zwar Anwendungsbreiten in Deutschland haben, aber der Hauptanwendungsbereich wird in der ersten Phase nicht in Deutschland sein, sondern im Ausland liegen, weswegen ich z.B. für eine Verzahnung auch mit der Entwicklungspolitik bin. Ich habe die Hoffnung, daß wir in einer Anwendungsbreite, die allerdings keine Massenproduktion im Sinne von Frau Hustedt ist, in den Markt einsteigen können.

PHOTON: Welchen Anteil wird denn die PV in einem zukünftigen Energiemix spielen?

Grill: Das kann ich Ihnen so nicht beantworten. Wenn man das Modell der DPG nimmt, dann wird den Erneuerbaren eine Chance innerhalb einer Bandbreite gegeben. Ich könnte mir, in Bezug auf Diskussionen mit Ernst-Ulrich von Weizsäcker, ein Plus von 6 % bis zum Jahr 2010 vorstellen. Spannend ist die Frage, in welcher Weise wir dazu das Geld mobilisieren können. Es hat ja in den letzten 14 Tagen einen interessanten Prozeß gegeben, der Herrn Scheer, Frau Hustedt und mich gleichermaßen betrifft: Die Finanzminister haben die Rücklagenfrage zu einer fiskalpolitischen Frage gemacht. Es handelt sich bei Frage der Rechtmäßigkeit der Rücklagen für die Kernkraftwerke durch die Energieversorger nicht mehr um eine energiepolitische Frage. Für mich kann das nur heißen, daß wir keinen Zugriff mehr auf das Geld haben.

Scheer: Ich freue mich über jede Initiative, auch über die, die jetzt aus der Unionsfraktion kommt. Wenn mehr Dampf gemacht wird, besteht die Chance, daß wir tatsächlich den Wettlauf mit der Zeit besser bewältigen können als das bisher der Fall ist.

PHOTON: Wird denn mehr Dampf gemacht? Kennen Sie das Modell?

Scheer: Ich kenne natürlich die Grundpapiere und ich halte es für richtig, wenn über einen Fonds die Förderung von unsicheren Haushaltsentwicklungen unabhängig gemacht werden kann. Der Fonds muß natürlich groß genug sein. Ich halte auch ein Finanzierungsproblem nicht für gegeben, wenn man entsprechende Prioritäten-Änderungen macht. Es muß nicht um Zusatzgeld gehen, man muß eher sehen, wo man streicht, und im Bereich des herkömmlichen Energiesektors gibt es zahlreiche Streichungsmöglichkeiten in Milliardenhöhe, an indirekten Steuersubventionen, allen voran die Rückstellungen. Daß ich für die Aufhebung eines großen Teils der Rück-



»Wir halten die kostendeckende Vergütung für den besten und vor allem unbürokratischsten Weg.«

Michaela Hustedt
Bündnis 90/Die Grünen

stellungen bin, als fiskalpolitische Lösung, hat rein rechtliche Gründe, Herr Grill, und ich befürchte, wenn man daraus eine Fondsmacht, haben wir juristische Auseinandersetzungen mit der Energiewirtschaft, und die will ich vermeiden. Wenn man das 100.000-Dächer-Programm aus einem Fonds speisen könnte und das rechtssicher gemacht wäre – kein Problem.

Hustedt: Es gibt aus meiner Sicht drei Kriterien, nach denen die verschiedenen Ansätze zur Photovoltaik-Förderung geprüft werden müssen. Erstens: Kann der Ansatz funktionieren und einen Durchbruch schaffen? Zweitens: Ist er möglichst unbürokratisch und angesichts der angespannten Haushaltslage realisierbar? Drittens: Wer profitiert davon? Ist es möglich, daß nur die großen Stromkonzerne davon profitieren oder besteht auch die Chance, daß wir darüber große Bereiche der Bevölkerung mobilisieren können, tatsächlich in diese Bereiche einzusteigen, denn deren Bereitschaft ist viel größer als die der großen Stromkonzerne. Die muß man schieben, drücken, knebeln, damit sie endlich da einsteigen, während die Menschen in diesem Land eine viel größere Bereitschaft haben, von sich heraus Geld in die Hand zu nehmen. Das zeigen alle Erfahrungen.

PHOTON: Und da wird von den Grünen die kostendeckende Vergütung favorisiert. Wie praktikabel ist das Modell der kostendeckenden Vergütung in Hinblick auf die Europäische Union und den kommenden Energiebinnenmarkt in der EU. Ist da die kostendeckende Vergütung überhaupt durchführbar?

Hustedt: Man muß das Stromeinspeisungsgesetz anpassen, aber das ist ein ganz einfacher Schritt. Nicht mehr das entsprechende EVU muß den Strom aufnehmen, sondern der zuständige Netzbetreiber. Der bleibt ein Monopolist, da paralleler Lei-

tungsbau auch in Zukunft unwahrscheinlich ist. Zweitens muß man dafür sorgen, daß das Stromeinspeisungsgesetz wettbewerbsneutral ist, das bedeutet daß Importstrom genauso belastet wird, wie im Binnenland produzierter Strom. Drittens muß man für den regionalen Ausgleich sorgen, d.h. daß Regionen, die viel für regenerative Energien tun, nicht höher belastet werden. Das ist ein Fehler im derzeitigen Stromeinspeisungsgesetz, aber auch dieser läßt sich über die Netzgebühren beheben. Die Netzgesellschaften, die auch den Lastenausgleich machen, müssen auch den regionalen Ausgleich organisieren. Das heißt, dann hätten wir ein Stromeinspeisungsgesetz wo Import- und Binnenlandstrom gleich belastet werden und wo die Regionen ausgeglichen sind, d.h. jede Kilowattstunde würde mit den Kosten für regenerative Energien gleichermaßen belastet und damit haben wir Wettbewerbsneutralität in diesem Bereich. Dann kann als nächster Schritt auch die kostendeckende Vergütung für die Photovoltaik durchgesetzt werden.

PHOTON: Herr Grill hatte vorhin ein Datum genannt. Bis 2010 möchte die CDU zusätzlich 6 % Strom aus erneuerbaren Energien gewinnen. Wieviel Prozent meinen Sie, können wir bis 2010 aus erneuerbaren Energien erzeugen?

Hustedt: Quoten festzusetzen finde ich gefährlich. Mir geht es darum: Ich will eine Dynamik haben. Ich will die Bereitschaft der Menschen nutzen und nach vorne treiben. Und dafür will ich Rahmenbedingungen. Bei der Windenergie haben wir gesehen, daß selbst die Optimisten wie die Grünen in diesem Bereich, die Dynamik oder die Bereitschaft der Menschen eher unterschätzt haben. Das heißt ich glaube, wenn ich Quoten festsetzte, dann können diese unter Umständen zu niedrig sein und die Entwicklung bremsen.

PHOTON: Aber man muß doch ein gewisses Ziel haben?

Hustedt: Ein Ziel kann man sich setzen aber das Ziel darf nicht die Obergrenze sein.

Scheer: Das Problem ist folgendes. Ein Quotenmodell ist nur sinnvoll für einen bestimmten Teil von potentiellen Trägern, d.h. in diesem Fall der Energiewirtschaft. Wenn man der Energiewirtschaft einen bestimmten Anteil an erneuerbaren Energien vorschreibt, wäre das sinnvoll, das kann aber niemals erschöpfend das Problem behandeln. Niemals, denn die Hauptakteure liegen ja nun offenkundig außerhalb der Energiewirtschaft. Diejenigen, die es schwerer hatten und weniger Geld hatten, die haben die Impulse gegeben. Und diejenigen, die

es leichter gehabt hätten, haben gebremst. Aber jetzt eine exakte Prognose über den Anteil erneuerbarer Energien zu geben, ist unseriös. Das Kulturverhalten der Menschen kann man nicht prognostizieren, aber man kann es beeinflussen.

PHOTON: 100.000-Solar-Dächer produzieren doch eine bestimmte Menge Strom...

Scheer: Das gibt einen Impuls, das ist völlig klar, aber der wird bei weitem nicht ausreichen, es muß den Impuls geben auf der handwerklichen Ebene, über die Solarbauschulen. Das 1-Millionen-Dächer-Programm, das demnächst in Amerika verkündet wird, wird eingeleitet mit einer Presidential Message, d.h. man versucht den Weg der öffentlichen Kampagne. In den USA gibt es ein Thema des Jahres, das die Universitäten vereinbaren. Thema des nächsten Jahres werden erneuerbare Energien sein, d.h. dann werden darüber Zehntausende von Diskussionsveranstaltungen, alle zum selben Thema, an allen Universitäten organisiert. Das ist eine Kampagne, die etwas bewegt, die aufklärt, motiviert und wenn so etwas stattfindet, dann geht das viel schneller, weil Leute motiviert werden.



»Wir haben ein 100.000-Dächer-Programm als Gesetzes-Entwurf eingebracht und wir werden alles versuchen, dieses Gesetz in dieser Legislaturperiode zu verabschieden.«

Hermann Scheer
SPD

Grill: Was Amerika angeht würde ich mir nur einmal den Hinweis erlauben, daß wir ja mit den Japanern und Amerikanern bei der Klimakonferenz von Rio die größten Schwierigkeiten hatten, die stehen ja überall auf der Bremse. Und man muß dann

nochmals die energiepolitischen Realitäten anschauen, die Pro-Kopf-Energieverbräuche sind doch gewaltig. Ich bin deshalb mit meinen Überlegungen auch nicht so sehr in Richtung einer konkreten Kampagne gegangen, aber ich denke, daß die Idee, das Ganze in eine Stiftung zu packen und nicht dem Staatsapparat zu überlassen, der richtige Weg ist. Wichtig ist auch eine ganze Reihe von Gruppen am Prozeß zu beteiligen, von Produzenten bis Umweltverbänden, um konsensuale Entscheidungsprozesse auch in der Energiepolitik zumindest mal an einer Stelle zu installieren.

PHOTON: In welcher Größenordnung sollen denn die zur Verfügung stehenden Finanzmittel liegen?

Grill: Ich habe mit Kohl ein intensives Gespräch über diese Frage geführt, kann aber dazu hier noch keine konkrete Angaben machen. Tatsache ist, daß Sie ja auch nicht jede beliebige Menge Geldes in einer bestimmten Zeit umgesetzt bekommen.

Wenn man davon ausgeht, daß in acht Jahren bis zehn Jahren strukturelle Entscheidungen in der deutschen Energiewirtschaft anstehen, weil bestimmte Kraftwerkskapazitäten vom Netz gehen, dann ist einer der Punkte, die mich bewegen, daß ich zu diesem Zeitpunkt bestimmte Entwicklungen abgearbeitet habe, um sicherer Entscheidungen treffen zu können. Wir gehen von einer zentralen Energiewirtschaft ein Stück weit in Richtung Dezentralität.

PHOTON: Meine Dame, meine Herren, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Gespräch führte Anne Kreuzmann.



Exkurs: Rückstellungen der Energieversorger

Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben für die Folgekosten der Kernenergienutzung gemäß § 249 Abs. 1 HGB Rückstellungen in Höhe von etwa 50 Milliarden DM gebildet. Dazu zählen Rückstellungen für die Behandlung und Endlagerung radioaktiver Abfälle, z.B. der abgebrannten Brennelemente, und für die Stilllegung und den Abbau der Kraftwerke. Nach Berechnungen des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie werden diese Rückstellungen in den nächsten Jahren noch auf etwa 70 Milliarden DM ansteigen.

Die Finanzbehörden der Bundesländer erkennen diese Rückstellungen bei der steuerrechtlichen Gewinnermittlung nach § 5 Abs. 1 S. 1 EStG an. Dies führt dazu, daß die Folgekosten der Kernenergienutzung steuerrechtlich so behandelt werden, als seien sie tatsächlich bereits entstanden. Tatsächlich werden diese Kosten aber erst in ferner Zukunft entstehen. Ohne diese steuerrechtliche Anerkennung der Rückstellungen könnten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen die Folgekosten der Kernenergienutzung erst steuermindernd geltend machen, wenn diese tatsächlich angefallen sind. Dem Staat entsteht durch diesen „Zeitfehler“ bei der Besteuerung ein Zinsverlust, der einen zweistelligen Milliardenbetrag ausmacht. Für die Stromkonzerne entsteht ein entsprechender Zinsgewinn, bei dem es sich praktisch um Verschönungssubvention handelt.

Die Stromkonzerne können durch die Rückstellungen Milliardengewinne verdecken und mit diesen Gewinnen frei operieren. Die Deregulierungskommission hat bereits 1991 auf diesen „skandalösen“ Umstand hingewiesen. Sie stellt auch einen Zusammenhang zwischen den durch Rückstellung verdeckten Gewinnen und dem zu beobachtenden „Feldzug der Unternehmensaufkäufe“ der Stromkonzerne her.

Die Anerkennung der geltend gemachten Rückstellungen widerspricht seit Jahren der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes. Die Finanzbehörden hätten die Möglichkeit, Rückstellungen für die Folgekosten der Kernenergienutzung nicht anzuerkennen. Die Folge wären Steuereinnahmen in Milliardenhöhe.

Dr. Hermann Scheer